

Holger Steltzner

DER KALTSTART VON PROFESSOR SINN



Holger Steltzner ist seit 2002 einer der Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Nach Banklehre, Wirtschafts- und Jura-studium, Mitarbeit im Familienunternehmen und im Investmentbanking der UBS wechselte er 1993 in die Finanzredaktion der *F.A.Z.* und wurde sechs Jahre später Ressortleiter.

Es gibt wenig, was Hans-Werner Sinn zum Heulen bringen kann. »Der Fall der Mauer«, sagt er, war das einzige politische Ereignis in seinem Leben, zu dem ihm tatsächlich die Tränen kamen. Ausgerechnet ihm, der mit seiner Frau 1991 das Buch *Kaltstart* schrieb, eine schonungslose Abrechnung mit den wirtschaftspolitischen Fehlern der Wiedervereinigung Deutschlands. Wie alle anderen haben die beiden Ökonomen damals auch gefeiert. Dann aber schnell dieses Buch geschrieben, mit großer Begeisterung, wie Gerlinde Sinn sagt.

Ihr Buch wurde eine Bestandsaufnahme und ein Kompendium ökonomischer Empfehlungen, in der Hoffnung, die Politiker würden sie hören. »Natürlich wollten wir Einfluss nehmen«, sagt Hans-Werner Sinn, der sich selbst schon mal als Sozialingenieur bezeichnet, der Spielregeln erdenkt, damit sich Menschen zum eigenen Nutzen und zum Wohle aller verhalten. Als Volkswirt habe man schließlich ein gewisses Sendungsbewusstsein. Die Sinns wür-

den das Buch heute genauso wieder schreiben. Denn vieles hat sich bewahrheitet: die prognostizierte Deindustrialisierung, die Abwanderung, die drastische Entwertung des Volkvermögens. »Vor allem die Entwertung des Potenzials der Menschen durch die hohen Löhne«, fügt Gerlinde Sinn an, die immer auch den Menschen im Blick hat.

Von allen Büchern, die sich mit den ökonomischen Folgen der deutschen Einheit befassen, hat *Kaltstart* in der Fachwelt die beste Aufnahme gefunden. Das Werk über die verfehlte Wirtschaftspolitik dieser Zeit, die Hans-Werner Sinn als »Konkursabwicklung mit Sozialplan« bezeichnete, begründet seinen Ruf in der Öffentlichkeit als scharfzüngiger Ökonom und wichtiger Ratgeber der Politik. So gesehen war das Buch auch ein »Kaltstart von Professor Sinn«. Wenn die Autoren ein Vierteljahrhundert später Bilanz ziehen, ist die politische Vereinigung Deutschlands gelungen, die wirtschaftliche nicht. Eine Konvergenz gibt es nur

bei den Reallöhnen und Haushaltseinkommen, die zwischen 85 und 90 % des Westniveaus liegen. Die realen gesetzlichen Renten liegen im Osten bei weit mehr als 100 %. Ein Ergebnis der Transferunion ist auch, dass das privat erzeugte Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in den neuen Bundesländern bei gerade einmal zwei Drittel des westdeutschen Niveaus liegt. Rund 1,6 Billionen Euro sind in den Osten geflossen, schätzt das ifo Institut. Noch heute liegen die Nettotransfers in die neuen Länder bei rund 60 Milliarden Euro im Jahr. Das Geld floss in Sozialtransfers, einen aufgeblähten Staatssektor und in konsumtive Infrastruktur. Viele ostdeutsche Städte wurden wieder Schmuckstücke. Doch ein sich selbst tragender Aufschwung kam bis heute nicht in Gang. Die neuen Bundesländer wuchsen nicht schneller als die alten, von Konvergenz keine Spur.

Der Kardinalfehler war, dass die Politik in der Wiedervereinigung eine ökonomische Grundregel auf den Kopf gestellt hat. Will man eine Marktwirtschaft aufbauen, darf man in das freie Spiel der Preise und Löhne nicht eingreifen, weil es zentrale Lenkungen erfüllt. Die Politik hatte jedoch zugelassen, dass westdeutsche Konkurrenten (Arbeitgeber und Gewerkschaften) in den Treuhandfirmen marktferne Lohnsteigerungen durchgesetzt haben. Indem die ostdeutschen Löhne schnell auf westdeutsches Tarifniveau gehievt wurden, schützte der Westen die eigenen Arbeitsplätze und verschreckte Investoren. Die Treuhandanstalt schaute zu, und es gab keinen ostdeutschen Unternehmer, der sich gegen diese Entwertung des Kapitals wehren konnte.

Das Ökonomehepaar Sinn hatte 1991 eine Alternative beschrieben. Danach sollten die Löhne nach der 1:1-Umstellung der Währung bis zum Abschluss der Privatisierung eingefro-

ren werden, und die Treuhandbetriebe sollten mit interessierten Investoren aus dem In- und Ausland Joint Ventures gründen, um so die Beteiligungen möglichst rasch in eine moderne Arbeitswelt zu überführen und mit neuen Produkten und Maschinen auszustatten. »Viele Treuhandbetriebe wären dann werthaltig gewesen, und man hätte der ostdeutschen Bevölkerung verbrieft Anteilsrechte zum Ausgleich für einen etwas langsameren Lohnanstieg zuteilen können. Doch als die Politik unsere Vorschläge zur Kenntnis nahm, hat sie nur noch mehr Gas gegeben«, bilanzieren die Sinns traurig. Die Joint Ventures entstanden stattdessen in Tschechien, Ungarn und der Slowakei. Die Treuhandanstalt scheiterte, drei Viertel der ihr anvertrauten Arbeitsplätze gingen verloren. Später gestand Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit, wenigstens ein, die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft überschätzt zu haben, um dann zu ergänzen, dass es aus politischen Gründen keine Alternative gegeben habe.

»Das Primat der Politik gegenüber den ökonomischen Gesetzen führte bei der Vereinigungspolitik zu den absehbaren Problemen. Jetzt wollen viele die Dinge schönreden. Aber wo endet ein Land, das nicht einmal in der Lage ist, die Realität zu erkennen?« Diese Frage stellt Hans-Werner Sinn heute auch für Europa. Wieder bezweifelt er, dass Politiker die wirtschaftliche Tragweite ihrer Entscheidungen voll verstehen. »Sie sind dabei, die Fehler zu wiederholen, die Deutschland nach der Wiedervereinigung gemacht hat. Die Haltung, das werde sich schon einpendeln, nannte man Primat der Politik. Aber nichts pendelte sich ein – im Gegenteil.« Dasselbe hört man heute in der Eurokrise – Griechenland lässt grüßen. Doch Hans-Werner Sinn und die verfehlte Eurorettungspolitik ist eine andere Geschichte.